

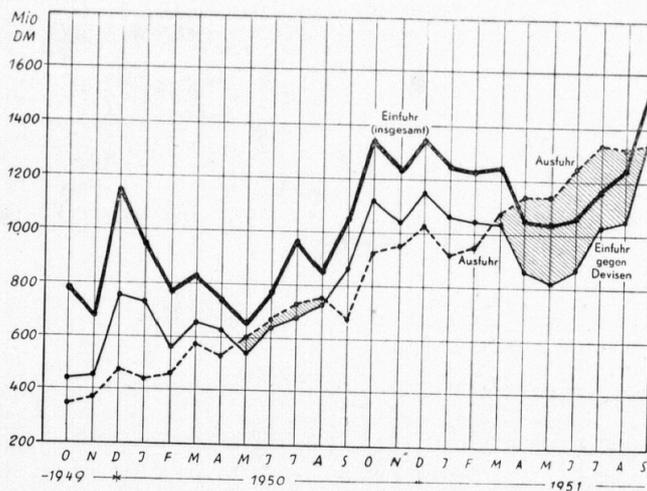
weit schwieriger zu erhalten sind als im vergangenen Herbst, Winter und Frühjahr, aus welcher Zeit noch ein großer Teil der jetzt ausgeführten Exportorders stammt. Die in den Sommermonaten dadurch eingetretene vorübergehende Abschwächung im Eingang neuer Exportorders ist inzwischen aber bereits wieder durch eine zunehmende Belegung abgelöst worden.

Die Bundesregierung hat ihrerseits nunmehr alles in ihren Kräften stehende getan, um die westdeutsche Ausfuhr zu erleichtern und zu fördern. Zwar wurde die Verwendung des Devisenfreibetrages Ende Januar erheblich eingeschränkt und am 22. März 1951 mit einer Auslaufzeit von drei Monaten ganz aufgehoben; statt dessen wurde ab Juni ein Devisenbetriebsmittelfonds in Höhe von 4 v. H. eingeführt zur Deckung des ausländischen Rohstoffspitzenbedarfs für Exportwaren, und zwar in sämtlichen Währungen. Ab 17. Januar 1951 war bereits der Ankauf von Export-Tratten durch die Landeszentralbanken ermöglicht worden; im Mai wurden eine Reihe von Vergünstigungen für den Export bei der Beschaffung von in- und ausländischen Rohstoffen sowie auf steuerlichem Gebiet eingeführt, nämlich Erhöhung der Umsatzsteuer-Rückvergütung (Ausfuhrvergütung), und die ertragssteuerliche Förderung der Ausfuhr durch steuerfreie Rückstellungen in Höhe von insgesamt 6 v. H. für die Industrie und 2 v. H. für den Exporthandel.

Besondere Erwähnung verdient noch, daß durch die Einführung eines neuen Ausfuhrverfahrens die Kontrolle der Ausfuhr noch stärker auf die deutschen Instanzen übergegangen ist und nunmehr auch die letzte noch bestehende JEIA-Anweisung Nr. 1 aufgehoben worden ist.

Weniger befriedigend als im Export gestaltete sich die Entwicklung beim Importhandel, der 1950 besonders günstig abgeschnitten hatte. Seine Hoffnung auf immer freierlichere Gestaltung der Einfuhr durch Ausdehnung der Liberalisierung wurde im Gefolge des Korea-Krieges sehr schnell zunichte. Zunächst hatte der Importhandel im Herbst 1950 im liberalisierten Verfahren eiligst aus allen Ländern, aus denen ihm dies möglich war, möglichst große Importlieferungen zur Auffüllung der im Sommer stark geschrumpften Rohstofflager kontrahiert. Dadurch war ein erheblicher Importüberschuß gegenüber den EZU-Ländern eingetreten. Nach Verbrauch der deutschen Quote in der EZU und eines großen Teils der Devisenreserve der Bank deutscher Länder waren dann zwar im Oktober 1950 bereits eine Reihe von Einfuhrerschwerungen (50prozentiger Depotzwang, Diskonterhöhung und krediterschwerende Maßnahmen) vorgenommen worden. Als diese nicht genügend wirksam erschienen, erfolgte im Februar ein völliger Lizenzstop zwecks Sicherung unserer Zahlungsfähigkeit und damit praktisch eine Suspendierung der Liberalisierung. Diese Maßnahme, vor allem Zeitpunkt und Art ihrer Durchführung, wurde von weiten Kreisen der Außenwirtschaft als sehr wenig glücklich angesehen und scharf kritisiert. Wie dem auch sei, sie verhinderte die Vermehrung der bereits bestehenden Zahlungspflichten, um zunächst den entstandenen großen Überhang an ausgegebenen Lizenzen und Devisenzuteilungsbestätigungen weitgehend aufzulösen. Bereits im März war dadurch die deutsche Zahlungsbilanz wesentlich verbessert und die Gefahr einer akuten Zahlungskrise gebannt worden, allerdings um den hohen Preis einer erheblichen Einschränkung der Einfuhrmöglichkeiten an ausländischen Rohstoffen, von denen bekanntlich unser inländisches Produktions- und Beschäftigungsniveau weitgehend abhängig ist. Dank der erfreulichen weiteren Zunahme der Ausfuhrerlöse und der Verbesserung unserer Devisenbilanz — im April übertraf zum erstenmal in der Nachkriegszeit die Ausfuhr nicht nur die „kommerzielle“, gegen Devisen getätigte Einfuhr, sondern auch die Gesamteinfuhr — konnte die auf Grund der Beschlüsse des Ministerrats der OEEC im April festgelegte Beschränkung in der Lizenzausgabe bald gelockert werden; im Juni erfolgte zum ersten Male wieder eine Erhöhung der Einfuhr, die sich dann in den nächsten Monaten, insbesondere mengenmäßig auf Grund der inzwischen gefallen Weltmarktpreise, weiter verstärkte. Im Gegensatz zum Export ist der Anteil Hamburgs am Import der Bundesrepublik erheblich zurückgegangen.

Die Entwicklung des Westdeutschen Außenhandels



Die erheblichen Preisschwankungen, die die wichtigsten Importrohstoffe im vergangenen Jahr durchlaufen haben, haben dem Importeur zum Teil gute Gewinnchancen, zum Teil aber auch erhebliche Verluste gebracht, zumal die Möglichkeit einer Termindeckung infolge Fehlens eines deutschen Börsenterminmarktes noch nicht wieder gegeben ist. Auch in den einzelnen Branchen war das Geschäft recht unterschiedlich, je nachdem ob es sich um knappe Waren oder solche handelte, die auf den Weltmärkten in ausreichendem Maße zu haben waren. Unzufriedenheit herrschte nach wie vor über die Technik des Einfuhrverfahrens, das sich nach Fortfall der